

Wien, am Samstag, den 1. April 1927

## WIENER GEMEINDERAT

als Landtag

Sitzung vom 1. April 1927

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um vier Uhr die Sitzung des Wiener Landtages. Als erster Punkt wird das Gesetz, das die Abänderung der Gemeindevahlordnung für die Stadt Wien betrifft, verhandelt. Stadtrat Richter erstattet das Referat, wobei er ausführt, dass durch die Abänderung der Gemeindevahlordnung die volle Wahlfreiheit der Wähler gewährleistet werden soll. Er beantragt die Abänderung des Absatzes 3 des Paragraph 8 der Gemeindevahlordnung, wonach der zweite Satz des betreffenden Absatzes zu lauten hat: Die Beisitzer der Wahlbehörden werden auf Grund der Vorschläge der Parteien nach dem Verhältnis der bei dem letzten Gemeinderatswahl auf die einzelnen Parteien im ganzen Stadtgebiet entfallenen Stimmen aufgeteilt, wobei die Bestimmungen der Paragraphen 31 und 32 sinngemäss anzuwenden sind.

Ferner beantragt Stadtrat Richter die Abänderung des Absatzes 2 des Paragraphen 39, der die Wahl der Bezirksvertretung vorsieht, in folgenden Wortlaut: Findet die Wahl der Bezirksvertretung gleichzeitig mit der des Gemeinderates statt, so kann der Stimmzettel für die erstere Wahl mit dem für die letztere in einen Stimmzettel vereinigt werden, der so gross ist, wie beide Einzelstimmzettel zusammen, jedoch nur dann, wenn die einzelnen Teile des vereinigten Stimmzettels auf dieselbe Partei lauten.

Endlich beantragt Stadtrat Richter die Abänderung des zweiten Absatzes des Paragraph 40 der Gemeindevahlordnung und schlägt folgenden Wortlaut vor: Die Stelle des Bezirksvorstehers kommt der stärksten, die seines Stellvertreters der zweitstärksten Partei zu. Hierbei ist die Parteienstärke nach der Zahl der Mandate, bei gleicher Mandatszahl nach der Zahl der abgegebenen Stimmen zu berechnen. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Wird von der berufenen Partei kein Wahlvorschlag erstattet, so erfolgt die Wahl mit unbedingter Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

G.R. Hofbauer (soz. dem.) stellt sodann den Antrag, im Absatz 2 des Paragraph 39 folgende Satzteile zu streichen: Jedoch nur dann, wenn die einzelnen Teile des vereinigten Stimmzettels auf dieselbe Partei lauten.

Die Anträge des Stadtrates Richter und des Gemeinderates Hofbauer werden sodann in erster und zweiter Lesung angenommen.

Stadtrat Breitner berichtet nun über die Gesetzesvorlage betreffend die Aufnahme einer Anleihe. Er führt aus: Durch das vorliegende Gesetz gibt der Wiener Landtag seine Zustimmung, dass eine Anleihe bis zur Höhe von dreissig Millionen Dollar aufgenommen wird. Sie ist zur Ausgestaltung der grossen städtischen Unternehmungen, Strassenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerk bestimmt. Ich habe schon wiederholt den Standpunkt meiner Partei zur Frage der Aufnahme von Anleihen dargelegt und will es bei diesem Anlasse noch einmal tun.

Zunächst wird wir der Anschauung, dass es überhaupt nicht der Gipfel der Finanz- und Verwaltungskunst ist, möglichst viel Schulden zu

machen. Schon gar nicht in einer Zeit, in welcher der Zinsfuss, wenn auch bereits ein starker Abbau erfolgt ist, doch noch immer wesentlich höher steht als vor dem Krieg. Ganz besondere Vorsicht aber tut not, angesichts der Tatsache, dass die Sparkraft des Inlandes nicht ausreicht, um wirklich grosse Anleihen, wie sie den Bedürfnissen der Gemeinde Wien entsprechen, hier unterzubringen. Bisher wurden alle der öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich und auch in Deutschland im Auslande aufgenommen worden. Das bedeutet, dass jahraus, jahrein grosse Beträge in Form der Zinsen und der Amortisierung aus Oesterreich abfliessen. Das ist volkswirtschaftlich betrachtet, insbesondere wenn es sich nicht um durchaus produktive Zwecke handelt, zweifellos weit schädlicher als selbst ein starker Steuerdruck. Den deutlichsten Beweis hiefür bildet die Völkerbundanleihe. Die Sozialdemokraten waren Ende 1922 der Ueberzeugung, dass es durchaus möglich sei, die zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte notwendigen Einnahmen durch Steuern, durch eine Vermögensabgabe zu beschaffen. Der Umstand, dass die Gemeinde

Fortsetzung auf Bogen Nr. 2.

G.R. Angermayer (chr. soz.): Wenn der Referent verkündet hat, dass seine Finanzpolitik das Schuldenmachen vermieden hat, so kann keineswegs gesagt werden, dass dies unrichtig sei. Herr Breitner hat das Schuldenmachen lieber den Steuerträgern überlassen. Die Gewerbetreibenden und Industriellen müssen Schulden machen, um die Steuern zahlen zu können. Sie müssen sich das Geld zu viel härteren Bedingungen ausborgen, als dies der reichen Gemeinde Wien möglich wäre. Auch der Finanzreferent ist endlich darauf gekommen, dass die Zahlungskraft unserer Bevölkerung nicht gross genug ist, um eine Anleihe im Inland platzieren zu können. Das hat sehr lange gedauert; ja erst vor ganz kurzer Zeit ist von sozialdemokratischer Seite eine Zwangsanleihe für die Kleinrentner verlangt worden.

In formaler Beziehung ist gleichfalls an dem Gesetz einiges zu bemängeln. Wir haben nichts gehört über die Verzinsung und insbesondere über die wichtige Frage der Laufzeit dieser Anleihe, was eigentlich erst erkennen liesse, in welchem Ausmass die Bevölkerung belastet wird. Wir wissen auch gar nicht, wie Sie zu dem Betrag von dreissig Millionen Dollar gekommen sind. Wir haben gehört, dass Ihnen die Ausländer gesagt hätten, es dürfe kein all zu kleiner, aber auch kein all zu grosser Betrag sein. Es hätte also das Ausland die Höhe dieser Anleihe diktiert. Das ist gerade der verkehrte Weg. Zu bemängeln ist auch, dass kein Verwendungsprogramm vorliegt. Der Referent hat gemeint, dass die Aufnahme einer Anleihe nur für gewisse Zwecke verantwortet werden kann. Wir sind hier nicht mit der Mehrheit einer Meinung. Wir können es auch begreifen, wenn Aufgaben der Hoheitsverwaltung, insbesondere grosse Strassenherstellungen und Kanalbauten, aus Anleihen bestritten werden. Das war schon in normalen Zeiten der Fall. In einer Zeit, wo der wirtschaftliche Niederbruch so krass ist, sollen auch solche Arbeiten aus Anleihen gemacht werden. Ganz und gar stimmt aber Ihre Argumentation nicht bei der Wohnbauanleihe. Wir haben nachgewiesen, dass der Ertrag der Wohnbausteuer genügt, um die Verzinsung und den Kapitaldienst zu decken. Wenn Sie den Wohnbau weiter aus Steuern bestreiten, so kann das nur als Justamentstandpunkt bezeichnet werden. Eine Wohnbauanleihe würde für die Allgemeinheit eine wirkliche Entlastung sein. Schliesslich hat sich der Referent auch dagegen ausgesprochen, dass in den städtischen Unternehmungen die Erneuerungen aus Anleihen bestritten werden. Auch hier sind wir anderer Meinung. Es geht nicht an, dass diese gewaltigen Ausgaben ständig aus den laufenden Einnahmen bedeckt werden müssen.

Es wurde auch versucht zu erklären, warum die Anleihe erst jetzt aufgenommen wird. Stadtrat Breitner hat uns mitgeteilt, dass früher die Zustimmung des Generalkommissärs notwendig gewesen wäre. Das wäre nicht das Ärgste gewesen. Wir könnten uns übrigens über diese Anleihe freuen, wenn sie

nicht mit einer grossen Enttäuschung verbunden wäre. Freuen könnten wir uns, weil wir sehen, dass unsere sachlichen Argumente, die wir durch sieben Jahre hier vorgebracht haben, endlich gewürdigt worden sind. Die Enttäuschung aber, sie besteht darin, dass auch durch diese Anleihe Steuererleichterungen leider nicht geschaffen werden. Im Jahre 1927 sind im Voranschlag der Gemeinde 48 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen. Nicht weniger als 21 Millionen Schilling, also nahezu 50 Prozent, betreffen wertvermehrende Investitionen. Diese Riesensumme wird aus Steuergeldern bestritten. Das ist unerträglich, das ist ein Raubbau an der Wirtschaft. Sie sprechen jetzt in ihrem Wahlprogramm wieder von dem Bau weiterer 30.000 Wohnungen. Sie wollen diese Wohnungen noch besser ausstatten und da durch die bisherigen Wohnbauten schon rund vier Billionen aus der Wirtschaft herausgepresst worden sind, so wollen Sie diese unheilvolle Amtspolitik fortsetzen. Sie haben in den letzten Jahren die Gemeinde um rund neun Billionen <sup>um</sup> bereichert. Diese Summe haben Sie aber die Wirtschaft ärmer gemacht. Das ist ein absichtliches Zugrundegehen der privaten Wirtschaft und bedeutet die völlige Enteignung und dagegen wehren wir uns. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Wenn wir trotzdem für die Aufnahme dieser Anleihe stimmen, so in der Hoffnung, dass Stadtrat Breitner von seinem intransigenten Standpunkt abgehen wird und die Investitionen grösseren Umfangs aus Anleihen bedeckt, damit Steuererleichterungen geschaffen werden können. Wir können nur mit Bedauern konstatieren, dass Sie hier nicht ein ganzes, sondern nur ein halbes Werk getan haben. (Beifall.)

GR. Zimmerl (chr. soz.) nimmt in längerer Rede zu der Vorlage Stellung. Er führt unter anderem aus, dass es heute noch eine offene Frage sei, ob die Anleihe überhaupt kommt. Die Anleihe ist ein Teil des sozialdemokratischen Wahlprogrammes, deswegen ist Breitner gerade jetzt mit der Anleihe in den Landtag gekommen. Es empfiehlt sich gar nicht von den sozialdemokratischen Sanierungsvorschlägen im Jahre 1922 zu reden. Wir hätten, wenn es nach Ihren Vorschlägen gegangen wäre, zwei Inflationsperioden gehabt und wenn an Stelle Seipels Dr. Bauer oder Breitner gekommen wäre, würden wir alle nicht hier im Landtag sitzen.

Auf der letzten Tagesordnung für den Gemeinderat, dessen Sitzung aber nicht abgehalten wurde, standen nicht weniger als 48 Geschäftsstücke. Wie schon gesagt, wurde die Sitzung nicht abgehalten. Warum? Sie vermeiden eben die Auseinandersetzungen im Gemeinderat, um in Ihren Wählerversammlungen Lug und Trug erzählen zu können. Warum berufen Sie in der letzten Zeit überhaupt keinen Gemeinderat ein? Der § 96 der Verfassung gibt dem Herrn Bürgermeister nur die Handhabe, wenn keine Möglichkeit besteht, den Gemeinderat einzuberufen, sonst aber nicht. Ihnen scheint das wichtigste zu sein, dass Ihr Programm in der Arbeiter-Zeitung steht und Sie darüber in den Wählerversammlungen reden können.

In einer der letzten Wählerversammlungen hat Stadtrat Breitner die Einheitsliste als Gemeinheitsliste bezeichnet. (Lärm bei den Christlichsozialen und Rufe gegen Stadtrat Breitner: So was ist ein Stadtrat!) Das ist unerhört und ich muss es von dieser Stelle aus auf das schärfste zurückweisen. Diese Art, Herr Stadtrat Breitner, eines Wahlkampfes ist eine Gemeinheit. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.)

Bezüglich der Steuerermässigungen, die die Gemeinde in letzter <sup>Gemeinderat</sup> Zeit gewährt hat, erklärt Zimmerl, dass die Steuerermässigungen einen rein parteipolitischen Charakter tragen, was ein offener Missbrauch der Amtsgewalt ist. Redner wendet sich sodann der Besprechung der Investitionskredite zu und führt aus: Wir wollten in der letzten Gemeinderatssitzung sehr grosse Investitionskredite bewilligen. Sie wollen uns immer erklären, dass Sie mit den Banken nichts zu tun haben. Ich aber beweise es Ihnen, dass Ihre Verbindungen mit Banken sehr rege sind. Im Jahre 1925 und 1926 haben Sie nicht weniger als 77 Millionen Schilling Bankschulden kontrahiert. Wenn das wahr wäre, wäre das eine schreckliche Verschuldung. In Wirklichkeit aber haben Sie keine Schulden gemacht, son-

dern jeder Beschluss des Gemeinderates über Bankkredite für Investitionen, war ein irreführender. Breitner ist für die Banken eine Wurzen. Den Banken werden 2000 Millionen Schilling, das ist fast ein Drittel unseres Notenumlaufes, vom Breitner und Broozyner zur Verfügung gestellt und auf dieses Konto gehen die Bankkredite. Man sieht also, dass niemand mehr mit den Banken verhandelt ist, als Sie. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Diese Wessaurierungen und dieses ganze System hat uns in unsere wirtschaftliche Situation geführt. Direktor Kux von der Eskomptebank hat an Ihnen einen Kommitenten gefunden, wie keinen anderen zweiten. Darüber werden wir bis zu den Wahlen entsprechende Aufklärungsarbeit leisten, damit vom 24. April an das Geldeinlegen bei den Banken eingestellt wird. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen.)

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) bezeichnet die Vorlage als ein Agitationsmittel und eine demagogische Tat. Wir haben eine vernünftige Investitionspolitik gefordert. Diese Vorlage ist für und insoweit ein Erfolg, dass Sie von Ihrem bisherigen starren Nein abgehen. Wir werden der Vorlage zustimmen, aber keineswegs, weil wir zu Ihnen Vertrauen haben, sondern nur deswegen, weil wir in der Investitionsmethode den richtigen Weg gehen. Ist stelle nur fest, dass wir mit unserer Zustimmung keineswegs Ihrer Verwaltung die Zustimmung geben und dass wir unser Misstrauen gegen Sie aufrecht erhalten. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner unter grossem Beifall der Sozialdemokraten, dass das Misstrauensvotum der Christlichsozialen vollkommen überflüssig sei, weil kein Vertrauensvotum verlangt wurde.

Wir haben im Gemeinderat schon im Jahre 1923, zu einer Zeit, wo die Opposition von Anleihen noch gar nicht gesprochen hat, gesagt, dass wir keine grundsätzlichen Gegner von Anleihen sind. Wo wir Anleihen nach streng sachlichen und kaufmännischen Grundsätzen vertreten können, werden wir uns keineswegs ausschliessen. Jetzt glauben wir, dass eine solche Möglichkeit geboten ist, weshalb wir die Vorlage eingebracht haben.

Es wurde hier über die Frankenspekulation so gesprochen, als wäre Wien nur ein Durchgangsplatz gewesen und als hätte es hier überhaupt Spekulationen nicht gegeben. Da muss doch darauf verwiesen werden, dass sich die Sache so harmlos nicht darstellt. Allein im Postsparkassen skandal wurden elfhundert Milliarden verlüdert und verlottert. Die Immobilisierung von drei Dutzend Banken ist gleichfalls nicht so harmlos. (Rufe bei der Mehrheit: Bodenbank, Bauernbank!)

Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Reden wir von der Winex!

Stadtrat Breitner: Dort sind doch keine Steuergelder verloren gegangen! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Arbeitergelder, Arbeiterkreuzer, sind es, die dort gestohlen worden sind! (Die Sozialdemokraten rufen ununterbrochen: Bauernbank, Bodenbank, Zentralsparkasse!)

Stadtrat Breitner: Für eine Partei, in deren Reihen sich Leute wie Zwetzbacher und Prisching (Grosser Lärm bei den Christlichsozialen, so dass Stadtrat Breitner seine Rede unterbrechen muss.) Man hört nur den Gemeinderat Preyer schreien: Betrüger seid Ihr! Frau Gemeinderätin Dr. Motzko ruft: Wir haben diese Leute hinausgeworfen. Ihnen schliesst die Angst vor Enthüllungen den Mund. Gemeinderat Doppler: Der Referent missbraucht seine Stellung! Er soll in die Wählerversammlung gehen und dort hetzen.

Dritter Bogen.

Gemeinderat Doppier (chr. soz.): Sie haben das Schlusswort und wir können Ihnen nicht mehr antworten. Das ist eine brutale Vergewaltigung. Gemeinderat Eisinger (Soz. Dem.): Den Zentralbankskandal werden Sie nicht überschreien. (Grosser Lärm auf beiden Seiten) Die Sozialdemokraten versammeln sich um den Referententisch.

Nach längerer Zeit, als es etwas ruhiger geworden ist, ersucht Präsident Dr. Danneberg die Mitglieder ihre Plätze einzunehmen und den Referenten sprechen zu lassen.

Stadtrat Breitner setzt nun seine Ausführungen fort: Wenn Sie den Referenten angreifen, so muss er sich verteidigen. Sie haben auch bemängelt, dass ein Verwendungsprogramm für diese Anleihe nicht vorgelegt wurde. Wir werden ein solches Programm vorlegen, sobald der Gemeinderat sich mit der Anleihe beschäftigen wird. Binden können wir uns aber für alle Einzelheiten nicht. Auch die frühere Verwaltung war in solchen Fällen gezwungen, zahllose Requirere vorzunehmen. Wir werden auch für die Wohnbauten keine Anleihe aufnehmen, weil es dann mit der Bautätigkeit bei dem gegenwärtigen Mieten bald ein Ende hätte. Ihnen sind ja die Mieten in den Gemeindehäusern jetzt schon zu hoch. Sie wollen uns überhaupt in <sup>das Schuldenmachen</sup> hineinhetzen. Schon im Frühjahr 1919 hat uns Herr Kienböck den Rat gegeben, eine Anleihe aufzunehmen, um das Defizit der Strassenbahn zu bedecken. Hätten wir Ihnen gefolgt, so wäre Ihr Wunsch längst in Erfüllung gegangen: Wir hätten abgewirtschaftet.

Gemeinderat Rummelhardt (chr. soz.): Das besorgt Ihr schon selbst.

Stadtrat Breitner: Sie werden doch die <sup>drei-</sup>undzwanzig Tage noch warten können und es ist überflüssig, heute zu prophezeien. Gegenüber der Mitteilung des Gemeinderates Zimmerl stelle ich fest, dass sein Versammlungsbeitrag, dass ich die Einheitsliste als Gemeinheitsliste bezeichnet habe, nicht stimmt. Er war nicht dort und hat es ja auch erst von dritter Stelle gehört; ich betone ausdrücklich,

dass ich es unter meiner Würde finde, so zu sprechen. Gemeinderat Zimmerl <sup>persönliche Schimpfworte nie gebrauche,</sup> hat auch gesagt, dass die Gemeinde mit den Banken in einer ausserordentlich intimen Verbindung sei. Er hat auch davon gesprochen, dass die Banken für die Führung von Konten Zinsen schinden. Für so dumm dürfen Sie <sup>mich</sup> nicht halten.

Wir sind aber aus steuerpolitischen Gründen dazu gezwungen, weil man die Zinsen der Gelder, die die Gemeinde den Unternehmungen geborgt hat, nicht als Abzugspost passieren lassen wollte. Wir haben mit dem Finanzministerium verhandelt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Aber für so gewissenlos dürfen Sie <sup>mich</sup> nicht halten, dass <sup>ich</sup> <sup>aus diesem Grund</sup> den Banken <sup>ein Zinsen-</sup>gewinn zuschanzen. <sup>Dies wurde übrigens von mir im Gemeinderat seinerzeit mitgeteilt.</sup> (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Die Gemeinderäte Zimmerl und Rummelhardt haben auch davon gesprochen, dass es doch eine grosse Ungerechtigkeit sei, alle Lasten auf die gegenwärtige <sup>mazu sage ich folgendes</sup> Generation zu legen. Das ist die manchesterliberale Auffassung. Dieser manchesterliberale Grundsatz hat die Staaten verschuldet, er hat die Länder verschuldet, er hat die Gemeinden verschuldet und dieser Grundsatz hat nicht bloss die Zukunft belastet, sondern auch die Gegenwart. Und der grösste Teil dieser Lasten, die späterhin zu tragen sein werden, fliesst nicht mehr zurück in die Kassen des Volkes, sondern er fliesst ausschliesslich zurück in die Kassen einzelner grosser Kapitalisten. In früheren Zeiten, im Mittelalter, in der Zeit der "Verdummung", hat man einen anderen Grundsatz beobachtet. Unsere Väter haben den Grundsatz befolgt, dass man für die Zukunft sammeln müsse

damit die Söhne und Enkel dann vielleicht umso leichter wirtschaften, damit sie umso leichter eventuelle Auslagen bestreiten können. Einem Vater, der für seine Söhne und Enkel sein Vermögen ansammelt, werden Söhne und Enkel immer segnen, sein Andenken werden sie immer in Ehren halten. Wenn aber ein Vater nur Schulden macht, die die Söhne und Enkel bezahlen müssen, dann werden Enkel und Söhne von diesem Vater halten! Wissen Sie wer so gesprochen hat? Es war Dr. Lueger am 9. Mai 1903 anlässlich der Aufnahme der Anleihe für <sup>Herstellungen</sup> zur Erweiterung der Hochquellenleitung. (Hört! Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten).

Wir gehen auch in Beziehung auf die Anleihepolitik unseren geraden Weg, von dem wir uns nie abdrängen lassen werden. (Starker Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Gesetzesvorlage wird einstimmig in beiden Lesungen angenommen. Fortsetzung des Referates Breitner (Siehe Bogen 1.) Der Umstand, dass die Gemeinde seit dem Jahre 1920 ein aktives Budget hat, zeigt deutlich, dass dieser Weg gangbar war.

Unsere Anleihe soll für die Ausgestaltung der städtischen <sup>Unter-</sup>nehmungen verwendet werden. Wir können sagen, dass die städtischen <sup>Unter-</sup>nehmungen heute den Friedensstand bereits erreicht haben. Es kann sich also nur um eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit handeln und die wollen wir durch eine Anleihe finanzieren. Wir haben es mit einer Anleihe zu tun, die wir selbst bei der vorsichtigsten kaufmännischen Gebarung unbedingt verantworten können.

Schon im Jahre 1923, anlässlich der Budgetdebatte, habe ich darauf hingewiesen, dass Anleihen nicht prinzipiell von uns abgelehnt werden.

Ich kann heute mitteilen, dass wir in den Jahren 1924 und 1925 Anleiheverhandlungen geführt haben, die aber bald auf einen toten Punkt angelangt sind, als uns mitgeteilt wurde, dass die Beibringung der Erlaubnis des Generalkommissärs notwendig sei. Schliesslich haben auch die Vorkommissionen in einzelnen Goldinstituten sich sehr ungünstig auf den Anleihemarkt ausgewirkt. Ich kann heute mitteilen, dass die Beurteilung der Kreditfähigkeit der Stadt Wien ungeteilt günstig ist und wir überall offene Türen finden.

Die Anleihe wird der heimischen Industrie umfangreiche Arbeitsaufträge bieten und so zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wesentlich beitragen. Nach der <sup>das Gesetz</sup>Verfassung hat zunächst der Landtag/ dann der Gemeinderat die Einzelheiten der Anleihe zu beschliessen. Selbstverständlich werden wir alle Einzelheiten dem Finanzausschuss und dem Stadtsenat zur Überprüfung vorlegen. Heute müssen wir sagen, dass es vollkommen ausgeschlossen ist, dass wir irgendwelche Sicherheitspfänder geben werden. Einzig und allein der Kredit der Stadt Wien wird als Sicherheit geboten. In diesem Sinne bitte ich um die Zustimmung zur Aufnahme dieser Anleihe.

Präsident Dr. Danneberg teilt mit, dass die General- und Spezialdebatte gemeinsam abgeführt werden. Vorgemerkt sind die christlichsozialen Gemeinderäte Angermayer und Zimmerl.

(Diese Rede, siehe Bogen Nr. 2).

#### Vierter Bogen.

Stadtrat Breitner leitet nun die Verhandlungen über den Gesetzentwurf über die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe ein. Er berichtet, dass schon im März 1924 Besprechungen mit den Hoteliers stattgefunden haben, in denen vorgeschlagen wurde, Steuerermässigungen zum Zwecke der Vornahme von Investitionen eintreten zu lassen. Es ist also keine neue Sache insbesondere aber hat diese Gesetzesvorlage nichts mit den Wahlen zu tun. Wir haben erst im Jahre 1925 eine starke Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe vorgenommen. Jetzt wird vorgeschlagen, dass rückwirkend vom 1. Jänner an für jene Hotels die mindestens <sup>240</sup> Prozent der Steuerleistung des Jahres 1926 investieren die Steuer auf drei Jahre um vierzig Prozent und wenn sie <sup>250</sup> Prozent investieren, die Steuer auf zwei Jahre um fünfzig Prozent ermässigt wird. Der Kreis, auf den diese Investitionen ausgedehnt werden sollen ist sehr weit gezogen und eigentlich gar keine Anschaffung davon ausgeschlossen. Es kommen sowohl die Hotels, als auch die Sanatorien und die Fremdenpensionen in Betracht. Die Interessenten sind durch ihre Vertrauensmänner vertreten und wird jeder Bürokratismus vermieden werden. Auch dieses Gesetz dient der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Insbesondere unsere Möbel und Teppichindustrie, die sehr darunter liegen, werden gewinnen. Es wird auch Vor-sorge getroffen werden, dass alle Bestellungen, soweit dies überhaupt nur möglich ist, im Inland gemacht werden um so das heimische Gewerbe und die eigene Industrie zu beschäftigen. (Beifall).

Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) führt aus, dass die Vorlage nur ein Wahlschlager sei, ein Luftgeschäft, das niemals erbiert werden wird. Schon einmal wurde ein gleicher Versuch gemacht, den aber die Unternehmer abgelehnt haben. Immerwieder kommen wir darauf, dass die Arbeitslosigkeit eine aussichtslose Sache ist. Ihr System ist daran schuld, und dass die Arbeitslosen zur Verzweiflung gebracht werden, ist diesem System zuzuschreiben. Die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe haben Sie mit dem neuen Vorsteher gemacht, der alte musste fallen. Herr Stadtrat Breitner selbst bezeichnet die Vorlage als eigenartig. Das ist sie auch, denn sie ist die Originalmarke Breitner-Hartl, Austro-bolschewismus. Wir bemühen uns die Fremden herzubringen, aber wenn der Fremde da ist, fühlt er sich als nichts anders, als ein Steuerobjekt. Auf allen Fremdenverkehrstagungen wird einmütig verlangt, dass die Städte doch die Abgaben, die den Fremdenverkehr behindern, nachlassen sollen. Auch die Wiener Fremdenzimmerabgabe muss weg, wir können ohneweiters auf sie verzichten. Das Bewusstsein des Fremden, ein Steuerobjekt zu sein, ist ihm unerträglich. Gehen Sie doch einen Schritt weiter und schaffen sie die Abgabe ab. Die Eigenart der Vorlage ist der Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Die Vorlage aber schafft auch ein ungäisches Recht.

Der Redner kommt nun auf eine Aeusserung des Stadtrates Breitners zu sprechen, die dieser getan haben soll. Stadtrat Breitner will jetzt ableugnen, dass er gleichsam mit einer inneren Befriedigung gesagt hat, die Zeiten sind enögültig vorbei, dass sich die Gewerbetreibenden etwas zurücklegen könnten. Ich erkläre hier, dass ich vor jedem Forum und unter jeder Bedingung bereit bin, die im Finanzausschuss gemachte Aeusserung zu beweisen.

Stadtrat Breitner: Das ist eine Unwahrheit!

Gemeinderat Zimmerl (fortfahrend): Und ich erkläre hier, dass ich auch bereit bin, diese Aeusserung vor Gericht zu beweisen,

Stadtrat Breitner: Beweisen Sie es hier im Gemeinderat.

Gemeinderat Zimmerl: Einem vollständig ausgebluteten Wirtschaftskörper kann man nicht mit Wahlzuckerln helfen.

Das System, das System Breitner, muss aufklassen werden. Mügen recht viele Arbeiter, Angestellte und Beamte, die von dem Steuersystem am schwersten betroffen sind, am 24. April gegen dieses Steuersystem kämpfen.

Schliesslich stellt der Redner den Antrag, die Fremdenzimmerabgabe gänzlich abzuschaffen. Nur die im Paragraph 6 bezeichneten Betriebe (Stundenhotels) sollen weiterhin die Abgabe leisten. Sollte dieser Antrag nicht die Zustimmung finden, so beantragt Gemeinderat Zimmerl einen Abänderungsantrag bezüglich der Ueberprüfung der Investitionsarbeiten und einen Zusatzantrag betreffend die Zusatzabgabe.

G.R. Ellend (chr. soz.) erklärt, dass das System der Ueberprüfung dasselbe System wie bei den Schlichtungsstellen ist. Es wird damit nur eine künstliche Schutzkonkurrenz getrieben. Er tadelt, dass die Gemeinde dem Gewerbeförderungsinstitut der Kammer bis heute noch keine Subvention gewährt habe, obgleich sie dazu gesetzlich verpflichtet ist. Gemeinderat Ellend kommt auch auf den Mieterschutz zu sprechen und erklärt, dass eine Zinsregulierung schon zum Vorteile der Mieter, die in alten Häusern wohnen, nötig sei. Die Waise, dass, wenn Seipel siegt, der fünfzehntausendfache Zins zu zahlen ist, ist schon abgespielt und das glaubt auch Ihnen niemand. (Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Angermayer (chr. soz.) bezeichnet die Vorlage als die hinterhältigste und hässlichste, die je auf dem Referententisch gelegen ist. Wenn nicht die Sache so ernst wäre, müsste man die Vorlage als einen Aprilscherz bezeichnen. Die Hoteliers haben jetzt zugegriffen, weil jeder Ertrinkende auch einen Strohhalm ergreift. Bei der ganzen Sache verliert die Gemeinde nicht als eine äubiose Steuer. Sie locken damit die Hoteliers in eine Falle und ich muss auch hier die Vorlage als eine Falle bezeichnen. Sie haben die Vorlagenicht eingebracht, damit sich die Betriebe erholen können, sondern damit Sie bessere Steuerobjekte werden. Wir haben nämlich schon erlebt, dass eine Höherwertung von Betrieben einer höheren Besteuerung gleichkommt. Für Ihre Bedingungen, die Sie da stellen, sind wir nicht zu haben, und wir schliessen uns dem Antrag unseres Kollegen Zimmerl an, die Fremdenzimmerabgabe bis auf die Paragraph 6 Betriebe gänzlich abzuschaffen.

St.R. Breitner erklärt in seinem Schlusswort: Die Redner der Minderheit haben an der Vorlage Kritik geübt. Ich weiss die schwierige Situation der Opposition besonders vor den Wahlen zu würdigen. Sie muss eben auf alles nein sagen. Um die Richtigkeit der Vorlage zu erfassen will ich nur feststellen, dass das Gremium der Hoteliers dazu einstimmig seine Zustimmung erteilt hat. Die Hoteliers sind sozusagen vernagelt gewesen und jetzt ist ihnen der Knopf aufgegangen. Die Leute haben eingesehen, dass das, was wir machen, vernünftig ist. Eine andere Körperschaft, die Wiener Handels- und Gewerbekammer, hat ebenfalls die Vorlage freudig begrüsst. Auch Privatfirmen haben ihr zugestimmt und da habe ich ein Schreiben der Firma Haas und Söhne A.G., die die Vorlage spontan begrüsst.

Wir erfüllen unser Programm, Sie ja auch. Aber Sie machen sich das leichter, weil Sie überhaupt kein Wahlprogramm haben.

G.R. Angermayer: Unser Programm lautet: Weg mit Breitner!

St.R. Breitner: Sie haben ein Programm der Negation. Wenn Sie glauben, dass sich die Bevölkerung einreden lässt, dass sie unter

Ihrer Herrschaft keine Steuern zahlen wird, so irren Sie sich. Die grosse Masse wird <sup>dann</sup> die Steuern zahlen. Sie sind nicht in der Lage mir eine Steuer nachzuweisen, die eine solche Entwicklung hat wie die Zuckersteuer. Sie haben den Antrag gestellt, die Fremdenzimmerabgabe bis auf die Paragraph 6 Betriebe abzuschaffen. Da haben Sie ja auch schon Wasser in Ihren Wein gegossen. Was da die gänzliche Abschaffung der Fremdenzimmerabgabe betrifft, so will ich hier aussprechen, dass es berechtigt ist, dass die Gemeinde von den Fremden, denen sie eine gute und schöne Stadt gibt, für die sie sehr grosse Aufwendungen machen muss, dafür eine Zahlung nimmt. In Vorarlberg und Kärnten würde die Fremdenzimmerabgabe abgeschafft, aber es ist keine Veränderung der Preise eingetreten. Was die Besteuerung überhaupt betrifft, so ist zum Beispiel die Lustbarkeitssteuer in Paris bei den Gastern dreimal grösser als bei uns und auch die sonstigen Lustbarkeitsabgaben unterscheiden sich gar nicht von den unserigen. Ich halte es überaus schädlich, dass im Inland gesagt wird, der Fremde sei ein Steuerobjekt. Noch dazu wenn die Preise in Wien tatsächlich niedriger sind als die im Auslande.

Auf verschiedene Einwendungen der christlichsozialen Redner zurückkommend erklärt Stadtrat Breitner, dass die Gemeinde selbstverständlich kein Recht hat eine Firma zurückzuweisen, die von einem Hotelier für die Durchführung einer Investitionsarbeit vorgeschlagen wird. Bezüglich der Ueberprüfung erklärt Stadtrat Breitner, dass das Gremium diese Verfügung ausdrücklich verlangthat. Auf die Aeusserung des Gemeinderates Ellend, dass das Gewerbeförderungsinstitut nicht subventioniert wird, stellt Stadtrat Breitner fest, dass es sich dabei um folgendes handelt. Am 24. April 1919 beschloss der Wiener Gemeinderat der Gewerbekammer für das Gewerbeförderungsinstitut 200.000 Kronen zu widmen, solange, als die Gewerbekammer nicht in der Lage ist, das Gewerbeförderungsinstitut selbst zu erhalten. Seit 1919 aber ist die Gewerbekammer um diese Subvention nicht eingekommen, sie hat auch niemals einen Tätigkeitsbericht vorgelegt sie hat sich acht Jahre nicht gerührt.

Bezüglich der von mir berichtigten Aeusserung und gegenüber der Aeusserung des Herrn Gemeinderates Zimmerl stelle ich hiermit ehrenwörtlich fest, dass ich diese Aeusserung niemals getan habe. Ich stehe für jede Aeusserung ein, aber ich habe eine solche Aeusserung weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach getan. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

G.R. Angermayer: Gegenüber der Behauptung des Herrn Stadtrates Breitner berichte ich tatsächlich, dass Stadtrat Breitner im Finanzausschuss auf den Vorwurf, dass die Betriebe keine Reingewinne mehr abwerfen, dem Sinne nach folgendes geäussert hat: Ich finde es für richtig, und meiner Ansicht entsprechend, dass der Reingewinn durch Steuern abgeschöpft und der Gemeinde Wien zugeführt werde.

St.R. Breitner: Zu den Ausführungen des Gemeinderates Angermayer erkläre ich, dass ich in Zukunft solche Aeusserungen als bewusste Lüge bezeichnen müsse.

Im Saal entsteht ein grosser Lärm. Die Sozialdemokraten wenden sich mit heftigen Pfuitufen zu den Christlichsozialen. Gemeinderat Angermayer läuft zur Präsidentenstrasse, meldet sich zum Wort und eilt wieder an seinen Platz zurück.

G.R. Angermayer: Zu der letzten Bemerkung des Herrn Stadtrates Breitner erkläre ich, dass ich meine Aeusserung voll und ganz aufrecht erhalte.

Freitag  
Gen. R. I. / II. 27

Schluss der Berichtes über die Landtagssitzung  
vom 1 April 1927:

Die Christlichsozialen nehmen diese Erklärung Angermayers mit grossem Beifall auf. Die Sozialdemokraten rufen der Minderheit unausgesetzt Pfui und Schande zu.

Gemeinderat Zimmerl meldet sich zu einer tatsächlichen Berichtigung, kann aber jüngere Zeit infolge des starken Lärmes nicht sprechen. Als endlich etwas Ruhe eingetreten ist, erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass Stadtrat Breitner die erwähnte Aeusserung in der Budgetdebatte 1924 oder 1925 gemacht hätte.

G. R. Schleifer (Sozialdemokrat) : Sie lügen bewusst! (Grosser Lärm)

G. R. Rummelhardt (chr. soz.) Höchste Zeit, dass der Landtag auseinandergeht!

Schliesslich legt sich der Lärm. Gemeinderat Zimmerl sagt: Wenn Gemeinderat Schleifer mich der Lüge zeicht, so fällt dieser Vorwurf auf den zurück, der ihn ausgesprochen hat. Ich habe auch gegen eine gerichtliche Austragung dieser Angelegenheit nicht dagegen.

Diese Erklärung löst neuerlich bei den Sozialdemokraten Lärmenszenen aus. Gemeinderat Broczyner, der Vorsitzende des Finanzausschusses, Gemeinderat Weigl und andere sozialdemokratische Mitglieder des Finanzausschusses rufen: Die Behauptungen Zimmerls und Angermayers sind unwahr! Wir können aus jederzeit beenden!

Grosser Krawall entsteht wieder als Gemeinderat Eisinger aufspringt und zu den Christlichsozialen gewendet ruft: Ihr müsst euren Wahlkampf mit Lügen bestreiten! Die Christlichsozialen rufen ihm zu: Verleumder! (Insbesondere Gemeinderat Panosch ruft unausgesetzt: Verleumder! Es beginnt schon etwas ruhiger zu werden, als Gemeinderat Kohl mit lauter Stimme den Christlichsozialen zuruft: Wo ist Ahrer! Dieser Ruf erweckt bei den Sozialdemokraten grosse Heiterkeit.

Dann berichtet Stadtrat Breitner: Ich habe weder im Jahre 1924 noch im Jahre 1925 anlässlich der Budgetdebatte, noch sonst irgendwo die von den Gemeinderäten Zimmerl und Angermayer mir unterschobene Aeusserung gemacht. Die Tatsache, dass man diese angebliche Aeusserung drei Jahre aus Eis gelegt hat und jetzt bei den Wahlen vorbringt, zeigt wohl am besten was sie ist: Eine Unwahrheit! (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Der Gesetzentwurf wird dann angenommen. Der Gegenentwurf Zimmerls abgelehnt.

Präsident Dr. Denneberg schliesst die Sitzung um acht Uhr abends.